

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiterin: Angelika Paa
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de
Wiesbaden, 1/18/2007 3:09:00 PM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Soziales

am Mittwoch, 24.01.2007, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 29.11.2006 und 15.12.2006
2. Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
3. **05-V-51-0005** **DL 31/06-1, 44/05-9**
Bildungsbeteiligung in Wiesbaden
4. **07-F-01-0002**

Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Konsequenzen bisher aus dem im Januar 2005 erarbeiteten und im April 2005 eingebrachten Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden gezogen wurden.

5. 07-F-02-0002

Sanktionen gegen Empfänger von Arbeitslosengeld II
Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.01.2007

Das SGB 2 sieht die Absenkung von bis zu 60% des Arbeitslosengeldes II bis zum Wegfall der gesamten Leistungen für Fälle vor, in denen sich Arbeitsuchende beispielsweise weigern, Eingliederungsvereinbarungen abzuschließen, Jobangebote anzunehmen, bestehende Arbeitsverhältnisse fortzuführen oder zu Terminen zu erscheinen. Wie in den Medien Ende November des vergangenen Jahres berichtet wurde, werden in der Bundesrepublik derzeit monatlich mehr als 100.000 Empfänger von Arbeitslosengeld II mit diesen Sanktionen belegt.

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie hoch ist der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld II in der LHW, die sich im vergangenen Jahr gegen Eingliederungsvereinbarungen, Jobangebote, Terminabsprachen etc. gestellt haben?
2. Wie hoch ist der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld II in der LHW, gegen die im vergangenen Jahr deshalb Sanktionen verhängt worden sind?
3. Was waren die Gründe dafür (aufgeschlüsselt nach Art des Grundes und Anzahl der Betroffenen)? Was ist die häufigste Ursache für den Einsatz von Sanktionen?
4. Welche Sanktionen werden verhängt (aufgeschlüsselt nach Art der Sanktion und Anzahl der Betroffenen)? Welche Sanktion findet am häufigsten Anwendung?
5. Wodurch werden Begründungen für das Ablehnen von Jobangeboten, Nichtwahrnehmen von Terminen etc. seitens der Arbeitsuchenden belegt?
6. In welchem Umfang werden die Leistungen bei den einzelnen Sanktionen gekürzt?
7. Wie hoch ist die Summe, die die LHW auf Grund der Sanktionen einbehalten hat?
8. Wie hoch ist der Anteil derer, die bereits mehrfach mit Leistungskürzungen belegt worden sind?
9. Was wird darüber hinaus unternommen, um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Kooperation von „arbeitsunwilligen“ Leistungsempfängern zu erhöhen?

6. 07-F-06-0007

Kostenlose Girokonten für Leistungsberechtigte nach SGB II und XII
Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 17.01.2007

Der Ausschuss möge beschließen:

Magistrat möge berichten:

- Wie viele Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II (auch - Bedarfsgemeinschaften) bzw. XII kein Girokonto besitzen?
- Wie könnte sichergestellt werden, dass es kostenlose Girokonten in Wiesbaden gibt und inwieweit kann die Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Mitglied im Verwaltungsrat der Naspa ihren Einfluss geltend machen?

7. 07-F-01-0003

Infrastrukturelle Einrichtungen im Gebiet Künstlerviertel
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Sachstandsbericht über die Planungen der infrastrukturellen Einrichtungen im zukünftigen Künstlerviertel zu geben.

Begründung:

Bereits am 17. November 2005 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten (Beschluss Nr. 0462, Abs. 13), dass parallel zum Bebauungsplanverfahren „Künstlerviertel“ ein gemeinsames Konzept der beiden o.g. Dezernate für Infrastruktureinrichtungen wie Grundschule, Kindertagesstätte und eine Einrichtung der Jugendarbeit erarbeitet wird.

ANLAGE

8. 04-A-16-0028

Umbau Landesmuseum in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0096 vom 01.11.2006

ANLAGE

9. Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 06-F-25-0021 DL 52/06-1

Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der FDP -

2. 06-V-20-0060 DL 50/06-8, 47/06-1

"BAMBINI"- Programm der Hessischen Landesregierung - Bericht zu den voraussichtlichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen

ANLAGE

3. 06-V-51-0059

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2006

ANLAGE

4. 06-V-51-0069 DL 52/06-14,50/06-14

Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender